

Bekanntmachung

Die 05. Sitzung des zeitweiligen Ausschusses Volkswerft findet am Mittwoch, den 07.12.2022 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des zeitweiligen Ausschusses für Volkswerft vom 05.10.2022
- 2.1 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Volkswerft vom 10.11.2022
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen-keine
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Aktueller Sachstand zum maritimen Industrie- und Gewerbepark
- 4.2 Vorstellung der German Sustainables GmbH
- 4.3 Vorstellung der Steamergy GmbH
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen
- 7.1 Aktueller Sachstand zum maritimen Industrie- und Gewerbepark

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sebastian Lange
Vorsitzender

Niederschrift
der 03. Sitzung des zeitweiligen Ausschusses Volkswerft

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 05.10.2022
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:30 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

Mitglieder

Herr Alexander Buschner
Herr Frank Fanter
Herr Mathias Miseler
Herr Michael Philippen bis 18:26 Uhr
Herr Jörg Schulz bis 18:26 Uhr

Vertreter

Herr Jonathan Göbel Vertretung für Herrn Thorsten Nessler
Herr Ralf Klingschat Vertretung für Herrn Maximilian Schwarz
Frau Assessore jure Sandra Kothe-Woywode Vertretung für Herrn Heiko Werner
Herr Marc Quintana Schmidt Vertretung für Herrn Sebastian Lange

Protokollführer

Frau Cinderella Littmann

von der Verwaltung

Herr Peter Fürst
Frau Dr. Sonja Gelinek
Frau Anne Pilgrim
Herr Dr. Frank-Bertolt Raith
Frau Liane Riedel

Gäste

Herr Olaf Wermke
Frau Silvana Mundt
Frau Ines Sommer
Herr Sven Glaser
Herr Olaf Reinagl
Herr Bernd Fischer
Herr Andreas Jenßen
Herr Guido Fröschke
Frau Anna Hansen
Herr Patrick Hinz

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Wahlen
 - 2.1** Wahl der/des Ausschussvorsitzenden
 - 2.2** Verpflichtung der sachkundigen Einwohner/innen
 - 2.3** Wahl der 1. Stellvertreterin/des 1. Stellvertreters der/des Ausschussvorsitzenden
 - 2.4** Wahl der 2. Stellvertreterin/des 2. Stellvertreters der/des Ausschussvorsitzenden
- 3** Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des zeitweiligen Ausschusses Volkswerft am 17.08.2022
- 4** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 5** Beratung zu aktuellen Themen
 - 5.1** Position der IG Metall zum maritimen Industrie- und Gewer-
bepark
 - 5.2** Aktueller Sachstand zum maritimen Industrie- und Gewerbe-
park
- 6** Verschiedenes
- 10** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von
Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des zeitweiligen Ausschusses Volkswerft sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird zu Beginn durch Herrn Frank Fanter und anschließend durch den 2. stellvertretenden Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen/ Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Wahlen

zu 2.1 Wahl der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Fanter bittet um Vorschläge zur Wahl des Ausschussvorsitzenden.

Herr Miseler schlägt Herrn Sebastian Lange als Ausschussvorsitzenden vor.

Herr Fanter informiert die Ausschussmitglieder über das Vorliegen des schriftlichen Einverständnisses von Herrn Lange und bringt den Vorschlag zur Abstimmung.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Herr Sebastian Lange ist somit zum Ausschussvorsitzenden gewählt.

zu 2.2 Verpflichtung der sachkundigen Einwohner/innen

Die sachkundigen Einwohner des Ausschusses sind bereits gemäß § 28 Abs. 2 Kommunalverfassung M-V zur gewissenhaften Arbeit im Ausschuss verpflichtet.

zu 2.3 Wahl der 1. Stellvertreterin/des 1. Stellvertreters der/des Ausschussvorsitzenden

Im Weiteren bittet Herr Fanter um Vorschläge zur Wahl des 1. Stellvertreters des Ausschussvorsitzenden.

Herr Göbel schlägt Herrn Maximilian Schwarz vor.

Das schriftliche Einverständnis von Herrn Schwarz liegt ebenfalls vor, weshalb Herr Fanter den Vorschlag zur Abstimmung bringt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Somit ist Herr Maximilian Schwarz zum 1. Stellvertreter gewählt.

zu 2.4 Wahl der 2. Stellvertreterin/des 2. Stellvertreters der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Philippen schlägt Herrn Jörg Schluz als 2. Stellvertreter des Ausschussvorsitzenden vor.

Herr Fanter lässt über den Vorschlag abstimmen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Damit ist Herr Jörg Schulz zum 2. Stellvertreter des Ausschussvorsitzenden gewählt und Herr Fanter übergibt ihm die Leitung der Sitzung.

zu 3 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des zeitweiligen Ausschusses Volkswerft am 17.08.2022

Die Niederschrift der 02. Sitzung des zeitweiligen Ausschusses für Volkswerft vom 17.08.2022 wird ohne Änderungen/ Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 4 Zustimmung 0 Gegenstimmen 5 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 5 Beratung zu aktuellen Themen

zu 5.1 Position der IG Metall zum maritimen Industrie- und Gewerbepark

Herr Schulz gibt einführende Worte in das Thema und beantragt das Rederecht für Herrn Fröschke.

Dem Antrag wird zugestimmt.

Herr Fröschke nimmt Bezug auf seine Funktion und auf die Entwicklung des Werftgeländes in Stralsund. Angesichts der Mitarbeiter entgegnet er, dass die Transfergesellschaft bis Ende November 2022 verlängert wurde.

Dem Ansinnen der IG Metall zur Folge, müssten die Bürger/-innen der Hansestadt Stralsund bestrebt sein, dass Werftgelände als Kompaktwerft mit Industriearbeitsplätzen und umliegendem Handwerk fortzuführen.

Herr Fröschke problematisiert die Situation des Ankerpächters Fosen Yards, welcher bis zum Abschluss der Auftragsverträge keine detaillierte Aussage zu der Mitarbeiteranzahl treffen wird, die am Standort Stralsund beschäftigt werden können.

Gegenüber der IG Metall äußerte Fosen Yards, dass bei einer planmäßigen Entwicklung der Auftragsverträge eine Beschäftigung von 80 Mitarbeiter/-innen ab Januar 2023 angedacht ist und zu einem späteren Zeitpunkt die Einstellung weiterer 150 Mitarbeiter/innen.

Herr Fröschke spricht sich für die bessere Einbeziehung der Mitarbeitenden in die Angelegenheiten der Werft aus.

Er betont, dass die IG Metall weiterhin hinter dem Kauf des Werftgeländes durch die Hansestadt Stralsund steht und auch hinter dem Konzept des maritimen Industrie- und Gewerbeparks. Dennoch gibt es klärungsbedürftige Aspekte, die er in einem Fachgespräch mit Vertretern der Hansestadt Stralsund, der IG Metall und Vertretern der Beschäftigten sachlich diskutieren möchte. Ein grundlegendes klärungsbedürftiges Thema stellt dabei die Entwicklung der Werksfeuerwehr und die zu beachtenden Konsequenzen im Falle der Einstellung der Werksfeuerwehr dar.

Herr Buschner erfragt den Standpunkt der Verwaltung zur Thematik Werksfeuerwehr.

Klarstellend bringt Herr Dr. Raith zum Ausdruck, dass die Kosten der Werksfeuerwehr als Standortnebenkosten auf die Pächter der Werft umgelegt werden.

Des Weiteren wird die Werksfeuerwehr maßgebend nur für den Bereich der Kompaktwerft benötigt, womit bei einem späteren Mitarbeitervolumen von 250 Mitarbeitern der Kompaktwerft voraussichtlich zwischen 50 bis 53 Mitarbeiter für die Werksfeuerwehr benötigt werden würden.

Die bisherige Erforderlichkeit der Werksfeuerwehr ist laut Herrn Dr. Raith auf die BImSchG-Genehmigung 1994 zurückzuführen, wonach die Werksfeuerwehr aufgrund von bauaufsichtlichen Anforderungen notwendig war.

Mit der Abwägung der Brandlast sowie der weiteren entscheidenden Parameter ließ sich feststellen, dass durch die Nachrüstung von Brandabschnitten sowie Systeme zur Brandfrüherkennung die Werksfeuerwehr nicht mehr zwingend erforderlich wäre.

In diesem Rahmen erläutert Herr Dr. Raith denkbare Brandschutzmaßnahmen sowie deren Genehmigungsverfahren. Zeitgleich macht er auf die Möglichkeit der Betriebsfeuerwehr aufmerksam.

Frau Kothe-Woywode bringt ihren Standpunkt zum Ausdruck und beantragt das Rederecht für den Vertreter des Betriebsrates, Herrn Fischer.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Antwortend auf die Nachfrage von Herrn Philippen teilt Herr Dr. Raith mit, dass der Schiffsbau auf der Werft bis zu einer bestimmten Brandlast ungehindert ohne Werksfeuerwehr erfolgen kann, es projektbezogen jedoch höhere Brandschutzmaßnahmen erfordern könnte.

Auf die Nachfrage von Herrn Buschner und Herrn Philippen erörtert Herr Dr. Raith den Charakter der Betriebsfeuerwehr, welcher dem der freiwilligen Feuerwehr ähnelt und somit das Engagement der Mitarbeitenden des Werftgeländes erfordert.

Herr Fischer äußert die Ansicht des Betriebsrates zur in Erwägung gezogenen Betriebsfeuerwehr. Des Weiteren bemängelt er die fehlende Einbindung der Beschäftigten. Darüber hinaus informiert er über die Versetzung der Auszubildenden in andere Firmen, damit diese ihre Ausbildung erfolgreich beenden können.

Herr Fischer merkt zudem an, dass die Werksfeuerwehr bislang für das gesamte Werftgelände zuständig war und nicht ausschließlich für den Bereich der Kompaktwerft.

Herr Schulz erkundigt sich nach den 190 Mitarbeitern der Transfergesellschaft und möchte wissen, ob die Mitarbeiter der Werksfeuerwehr in der Transfergesellschaft inbegriffen sind.

Herr Fröschke teilt mit, dass die 190 Mitarbeiter der Transfergesellschaft die Mitarbeiter sind, die für den Schiffsbau bestimmt sind.

Herr Schulz erfragt das Verfahren zur Einstellung der Mitarbeiter aus der Transfergesellschaft.

Diesbezüglich antwortet Herr Fürst, dass die Pächter ihre Mitarbeiteranforderungen der Transfergesellschaft übermitteln, woraufhin sich geeignete Mitarbeiter bei dem Pächter bewerben können. Auf dieses Verfahren hat die Hansestadt Stralsund keinen Einfluss.

Frau Kothe-Woywode merkt an, dass die Fachkräfte der Transfergesellschaft vor Ort gehalten werden müssen. Aus ihrer Sicht, ist das Vorhandensein von fachlich geeignetem Personal ein essentieller Faktor zur Gewinnung neuer Pächter.

Herr Fröschke plädiert für die Aufrechterhaltung der Ausbildungshalle.

Herr Schulz spricht sich für ein klärendes Gespräch zwischen der IG Metall, der Beschäftigten der Werft und der Verwaltung aus.

Frau Dr. Gelinek bittet den derzeit stattfindenden Umwandlungsprozess von der kompakten Werft hin zum maritimen Industrie- und Gewerbepark zu berücksichtigen, bei dem die stabilen Rahmenbedingungen erst geschaffen werden müssen. In Bezug auf die Pachtverträge erwähnt Frau Dr. Gelinek, dass an die Verträge eine gewisse Beschäftigung von Mitarbeitern gebunden ist.

Abschließend befürwortet Herr Buschner die regelmäßige Teilnahme der IG Metall und des Betriebsrates an den Ausschusssitzungen des zeitweiligen Ausschusses Volkswerft.

zu 5.2 Aktueller Sachstand zum maritimen Industrie- und Gewerbepark

Anhand einer Präsentation nimmt Herr Dr. Raith Bezug auf den Stand der Verpachtung. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Im Anschluss geht Frau Dr. Gelinek auf die Verwertung der Assets ein. Sie informiert die Ausschussmitglieder über den Beginn der Demontage der kaputten Kräne auf der Helling. Die Arbeiten sollen voraussichtlich Ende November abgeschlossen werden. Weiterhin teilt Frau Dr. Gelinek mit, dass ein Kran auf der Helling zur Bedienung des Schiffliftes verbleiben wird und ein weiterer Kran, der aus dem Verkauf genommen wurde, auf die Hafensinsel umgesetzt wurde.

Herr Fürst erörtert, dass das Segelschulschiff der Hanse- und Universitätsstadt Greifswald nicht funktionsfähig ist und die europaweite Ausschreibung zur Sanierung des Schiffes erfolglos verlief. Aus diesem Grund erhält das Schiff einen Bauplatz auf dem Werftgelände Stralsund und die Sanierungsarbeiten werden per Los ausgeschrieben.

Frau Dr. Gelinek macht auf die Ergänzung der Internetseite der Hansestadt Stralsund hingehend der Rubrik Werft aufmerksam.

Herr Schulz führt in den nächsten Tagesordnungspunkt ein.

zu 6 Verschiedenes

Seitens der Ausschussmitglieder besteht kein Redebedarf.

**zu 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Herr Fanter stellt die Öffentlichkeit der Sitzung her. Er dankt allen Beteiligten für die Mitarbeit und beendet die 03. Sitzung des zeitweiligen Ausschusses für Volkswert.

gez. Jörg Schulz
2.stellv. Vorsitzender

gez. Cinderella Littmann
Protokollführung

TOP Ö 2.1

Hansestadt Stralsund
zeitweiliger Ausschuss Volkswerft

Niederschrift der 04. Sitzung des zeitweiligen Ausschusses Volkswerft

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 10.11.2022
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:30 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

Mitglieder

Herr Alexander Buschner
Herr Frank Fanter
Herr Sebastian Lange
Herr Mathias Miseler
Herr Thorsten Nessler
Herr Michael Philippen
Herr Jörg Schulz
Herr Maximilian Schwarz
Herr Heiko Werner

Protokollführer

Cinderella Littmann

Gäste

siehe Liste

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Beratung zu Beschlussvorlagen - keine
- 3** Beratung zu aktuellen Themen
- 3.1** Meinungsaustausch zur maritimen Wirtschaft und zu Tourismusfragen mit Frau Claudia Müller - Koordinatorin für maritime Wirtschaft und Tourismus der Bundesregierung
- 4** Verschiedenes
- 8** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des zeitweiligen Ausschusses für Volkswert sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen/ Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen

0 Gegenstimmen

0 Stimmenthaltungen

zu 2 Beratung zu Beschlussvorlagen - keine

zu 3 Beratung zu aktuellen Themen

zu 3.1 Meinungsaustausch zur maritimen Wirtschaft und zu Tourismusfragen mit Frau Claudia Müller - Koordinatorin für maritime Wirtschaft und Tourismus der Bundesregierung

Herr Buxbaum und Herr Lange begrüßen die Bundestagsabgeordnete, Frau Claudia Müller, Koordinatorin für maritime Wirtschaft und Tourismus der Bundesregierung.

Frau Müller führt zu Beginn aus, dass sich der Fokus auf die maritime Wirtschaft in den letzten neun Monaten deutlich verändert hat. Die Abhängigkeit von Lieferketten und maritimen Dienstleistungen hat zur einer Neubewertung der Strukturen geführt.

Aus diesem Grund arbeitet die Bundesregierung derzeit verstärkt daran, bestehende Hemmnisse im Bereich des Schiffbaus abzubauen.

Besonders im Bereich Finanzierung wurden in den 90 er Jahren Entscheidungen getroffen, die heute negativ spürbar sind.

Um hier Änderungen herbei zu führen, bedarf es eines Umdenkens im gesamten deutschen industriell-politischen Bereich.

Um nicht mehr einseitig abhängig zu sein, gilt es zu überlegen, welche Industrien und Standorte vorgehalten werden müssen.

Nachfolgend geht die Bundestagsabgeordnete auf das Thema Offshore Energie ein. Der Fokus liegt hier nicht nur auf Windkraftenergie und Konverterplattformen, sondern auf den Errichterschiffen, den Kabelverlegeschiffen und den Serviceschiffen.

Sie geht im Weiteren auf das Smoldes-Projekt ein, wo gegenwärtig das Werftgelände Rostock als Projektstandort geprüft wird.

Im gleichen Zusammenhang erörtert sie, warum Stralsund nicht als Projektort in Frage käme. Vergleichend und begründend führt Frau Müller dabei an, dass der Werftstandort Rostock einen deutlich ausgeprägteren Tiefgang besitzt.

Das Werftgelände Stralsund ist laut der Bundestagsabgeordneten eher für kleinere Projekte geeignet. Einen essentiellen Vorteil im Werftstandort Stralsund sieht Frau Müller in der Produktionsstelle direkt an der Kaikante.

Im Nachgang nimmt die Bundestagsabgeordnete Bezug auf den Wasserstoff und auf den Gastransport, wobei sie auf den Standort Lubmin eingeht.

Dieser Standort ist wasserseitig nicht optimal ausgestattet, dafür hält er eine bemerkenswerte Pipeline-Infrastruktur landseitig vor.

Die Chance für Deutschland und insbesondere auch für Stralsund liegt laut Frau Müller auf den Spezialschiffbau und auf alternative moderne Antriebssysteme. Sie macht in diesem Rahmen deutlich, dass der Containerschiffbau nicht nach Europa zurückkehren wird, da das Preisniveau aus Asien für Deutschland nicht anpassbar ist und auch im qualitativen Aspekt kein Unterschied besteht.

Die Bundestagsabgeordnete berichtet, dass die deutsche Präsidentschaft im Ostseerat die maritime Wirtschaft im Bereich der Beräumung von Altmunition ausweiten möchte, bei denen neue innovative Startups entstehen können.

Ein weiterer Fokus der Bundesregierung liegt gegenwärtig auf die Ausweitung der deutschen Flagge, da Deutschland mittlerweile unter 5.000 Seefahrer hat. Aus diesem Grund gibt es die Reformierung der Lotsenausbildung, denn ohne Seefahrer gibt es einen spürbaren Wettbewerbsnachteil.

Der Werftstandort Stralsund sollte laut Frau Müller einen Schwerpunkt auf das Schiffsrecycling legen, welches durch die GRW-Förderung anteilig vom Bund und Land gefördert wird. Weiterführend geht Frau Müller auf das Genehmigungsverfahren für Recyclingwerften ein, welches halbjährig erfolgt. Das letzte Genehmigungsverfahren fand dabei im Juli 2022 statt, wo kein Antrag auf Genehmigung einer Recyclingwerft von der Hansestadt Stralsund vorlag. Das Hauptproblem bei der Zulassung einer Recyclingwerft ist, dass sie einem Abfallwirtschaftsunternehmen gleichgestellt wird.

Des Weiteren gibt die Bundestagsabgeordnete Ausblicke auf mögliche Fördermöglichkeiten, die sich für Stralsund vordergründig auf die GRW-Förderung, projektbezogene Förderungen und Förderungen für Forschung und Entwicklung priorisieren. Auch erläutert sie die Hermes-Kreditbürgschaft.

Herr Buxbaum reflektiert, dass Deutschland durchaus zu einer großen Schiffbaunation gehört, mit damals 360 Reedereien und 2.700 ausgeflaggten Schiffen. Mit Erschrecken nimmt er die geringe Anzahl an Seefahrern zur Kenntnis. Er sieht dennoch deutliches Potenzial für den Schiffbau in Deutschland.

Antwortend auf die Nachfragen von Herrn Adomeit teilt Frau Müller mit, dass Deutschland durchaus ein attraktiver Schiffbaustandort ist, welches sich besonders im Bereich Spezialschiffbau und Grauschiffbau abzeichnet. Das Thema bezüglich der hohen Energiekosten besteht laut Frau Müller weltweit. Für Deutschland führt sie aus, dass bereits mit dem Wechsel der Regierung vor einem Jahr ein zu geringer Gasfüllstand festgestellt wurde.

Weiterhin informiert die Bundestagsabgeordnete von einem Förderprogramm zum Bau von Betankungsschiffen für LNG und nachhaltig erneuerbarer Kraftstoffalternativen in der Schifffahrt.

Als Hauptproblem in der Schiffbaubranche in Deutschland benennt Frau Müller die fehlende Konstruktionskapazität auf den Werften.

Für die Schiffe des Bundes teilt Frau Müller mit, dass der Fokus bei der Auftragserteilung auf deutsche Unternehmen liegt.

Herr Buxbaum verweist auf die maritime Agenda bis 2025, die die Bundesregierung Deutschland in der 11. maritimen Sitzung erarbeitet hat. Festgelegt bzw. vorgesehen ist dabei unter anderem auch die Einbindung des 3D-Druckes im Schiffbau.

Herr Lange berichtet von einem neuen Pächter, der für den Werftstandort Stralsund gewonnen werden konnte und der insgesamt 35 Schiffbauer aus der Transfergesellschaft übernehmen möchte.

Diesbezüglich erkundigt sich Herr Lange nach einer erneuten Verlängerung der bestehenden Transfergesellschaft.

Frau Müller teilt dahingehend die rechtlichen Rahmenbedingungen der Transfergesellschaft mit sowie, dass dieser Rahmen bereits deutlich gestreckt wurde. Aus diesem Grund macht sie keine Hoffnung auf eine erneute Verlängerung der Transfergesellschaft.

Herr Buxbaum sowie Herr Lange beantragen das Rederecht für Herrn Fröschke und Herrn Fischer.

Die Mitglieder beider Ausschüsse stimmen dem Rederecht für Herrn Fröschke und Herrn Fischer einstimmig zu.

Herr Fröschke berichtet von der Einigkeit zur Entstehung des grünen Werftstandortes in Stralsund.

Dennoch bestehen vielerseits Bedenken um die Zukunft der Fachkräfte aus der Transfergesellschaft und darum, die Fachkräfte womöglich am Standort Stralsund zu verlieren. Er kritisiert, dass die Denkansätze der IG-Metall sowie der Beschäftigten der Werft und der Transfergesellschaft nicht umgesetzt/ aufgenommen werden.

Antwortend auf die Fragen von Herrn Fröschke teilt Frau Müller mit, dass es keine Kontaktaufnahme von Fosen Yards gab.

Die Bundestagsabgeordnete bestätigt, dass die Umrüstung der Küstenmotorschiffe gefördert wird und diese Umrüstungen möglichst im europäischen Raum erfolgen sollen.

Zu den Umrüstungen berichtet Frau Müller von Unstimmigkeiten zu der Wahl der neuen Antriebsvariante und der daraus resultierenden Zurückhaltung.

Herr Fischer merkt an, dass die Transfergesellschaft bis Februar 2023 aufrechterhalten werden könnte.

Frau Müller konkretisiert das Offshore-Thema, welches viele Jahre zu wenig betrachtet wurde und deren Umstellung einen Prozess darstellt sowie ein Umdenken erfordert.

Auf die Anmerkung von Herrn Philippen erörtert Frau Müller, dass sich das von der Hansestadt Stralsund geplante Konzept zum Werftgelände tragen wird, es jedoch Zeit zum Wachsen benötigt.

Herr Buxbaum beendet die Diskussion zum Thema Werft und führt in den Austausch über den Tourismus ein.

Frau Müller erwähnt, dass der Tourismus deutschlandweit einen wichtigen Faktor einnimmt. In dem Zusammenhang geht Frau Müller auf die nationale Plattform für den Tourismusbereich ein, womit der Tourismus neben der Automobilbranche der 2. Bereich ist, der solche Plattform erhält.

Mit der nationalen Plattform ist die Weiterentwicklung der nationalen Tourismusstrategie beabsichtigt, wobei sie als Austauschmedium fungieren wird.

Frau Müller informiert, dass die Plattform beschlossen wurde und auch, dass die Finanzierung gesichert ist.

Frau Müller berichtet von einer deutlichen Zurückhaltung im Tourismusjahr 2022, die besonders die Bereiche der Gastronomie und der Freizeiteinrichtungen geprägt hat. Hingegen ist ein deutliches mehr an ausländischen Touristen für 2022 zu verzeichnen.

Weiterführend erörtert die Bundestagsabgeordnete die innovativen Modellprojekte zur Leistungssteigerung im Tourismus, die dem Bereich der Tourismusförderung obliegen.

Sie macht darüber hinaus deutlich, dass M-V nach wie vor zu den tourismusschwachen Regionen gehört. Frau Müller erkennt für M-V ein deutliches Potenzial für den Wandertourismus.

Herr Buxbaum und Herr Lange lassen über das Rederecht für Herrn Rademacher abstimmen.

Alle anwesenden Mitglieder stimmen dem Rederecht zu.

Herr Rademacher hinterfragt den Inhalt des Tourismusgesetzes.

Frau Müller teilt mit, dass auf Bundesebene kein Tourismusgesetz geplant ist. Die Planungen des Landes M-V bezüglich des Tourismusgesetzes kennt Frau Müller nicht in detaillierter Form, weshalb sie keine weiteren Ausführungen machen kann.

Auf die Nachfrage von Herrn Buschner macht Frau Müller deutlich, dass ein Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine vorliegt. Die Auswirkungen des Krieges zeigen sich weltweit, wobei bereits vor dem Krieg eine Preissteigerung zu verzeichnen war.

In diesem Rahmen erläutert Frau Müller ausführlich die Gaspreisbremse und gibt den Ausblick, dass auf dem weltweiten Gaspreisemarkt bereits eine Erholung zu erkennen ist, da die Preise leicht sinken.

Die Aussage, dass eine Verarmung der Bevölkerung vorliegt, teilt die Bundestagsabgeordnete nicht.

Herr Buxbaum und Herr Lange stellen das Rederecht für Herrn Grundke zur Abstimmung. Die Mitglieder der Ausschüsse stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Herr Grundke verdeutlicht die kritische Situation der Einzelhändler. Er hofft für den Einzelhandel auf ein erfolgreiches Weihnachtsgeschäft, um die finanzielle Situation der Händler auszugleichen.

Frau Müller versteht die Situation der Einzelhändler und berichtet von Beratungen, bei denen nach Unterstützungsmöglichkeiten für Einzelhändler debattiert wird.

Abschließend beschreibt Frau Müller den weltweiten Strommarkt und geht auf die Entlastung der Bevölkerung durch die Gaspreisbremse ein.

Die Ausschussvorsitzenden bedanken sich bei der Bundestagsabgeordneten, Frau Claudia Müller, sowie bei den Gästen und schließen den Tagesordnungspunkt.

zu 4 Verschiedenes

Seitens der Ausschussmitglieder besteht zu den weiteren Tagesordnungspunkten kein Redebedarf. Aus diesem Grund entfallen die weiteren Tagesordnungspunkte.

Herr Lange beendet die 04. Sitzung des zeitweiligen Ausschusses für Volkswert.

gez. Sebastian Lange
Vorsitzender

gez. Cinderella Littmann
Protokollführung